

Handelblatt

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteleuropa

Das „Handelblatt“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1,60 Goldmark, durch Hausbesuche 1,40 Goldmark, durch die Post 1,40 Goldmark. 40 Exemplare zum Jahresabonnement. 20 Goldmark. Der Hausbesuchs-Preis beträgt 1,40 Goldmark. Die Tagespreise werden nach Einzel-Beilagen berechnet. 94a Zeile 0,21 Goldmark.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Das Reichspräsidentengericht beim Reichstage erklärte gestern in sehr ausgedehnter Verhandlung die von den Kommunisten angebotenen Reichstagsmaßnahmen in Dingen für gültig und ebenbürtig mit den Weisen (Deutschkommoeranten) angebotenen Weisen in Hannover.

In Kemsfeld wurden in der Nacht zum Sonntag etwa 120 Nationalsozialisten auf dem Heimwege von 600 bis 700 Kommunisten überfallen. Es entstand eine wilde Schlägerei. Die herbeigeeilte Polizei wurde mit Schüssen empfangen. Zwei Beamte wurden durch Zufall, einer durch einen Armbruch verletzt. 10 Personen sind verhaftet worden.

Den Höhepunkt des in Hannover stattfindenden Bundestages der Saarvereine bildete eine öffentliche Kundgebung am Sonntag. Am Nachmittag durchzog ein großer Zug mit über 200 Fahnen die Stadt überall förmlich von vielen Tausenden Zuschauern begrüßt. Im Anschluss daran fand im Stadion eine öffentliche Kundgebung statt.

Zum Kommunalbeamtenrecht hat der preussische Kommunalbeamtenrat in Hannover eine Entschließung zugunsten der Erhaltung des Berufsbeamtenrechts in den Kommunalverwaltungen gefasst. Die bestehenden rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse müßten zur Verdrängung des Berufsbeamtenrechts in den Gemeinden führen.

Vom 14. bis 16. Juni findet in Frankfurt (Main) der Bundeskongress des Bundes Deutscher Post- und Telegraphen-Mitarbeiter und -Sekretäre statt. Vertreter aus dem ganzen Reich sind in großer Zahl angemeldet. Eine gemeinsame Fahrt nach Coblenz anlässlich der Tausendjahresfeier der Rheinlande wird den Mitgliedern der Tagung bilden.

Das Schicksal des Reichspräsidenten in Weimar, in dem der deutsche Diktator Freytag von Eichenborf geboren wurde, soll von den Tischen in eine stehende Schule umgewandelt werden.

In Saarbrücken veranfaßten gestern die Sozialisten des Saargebietes eine große Demonstrationserklärung. Befürwortet ist die Sozialföderung des Saargebietes sehr rückständig. Die Rentenerlöse differieren um 55 bis 70 Prozent, gemessen an den Bezügen der Sozialisten, Sozialrentner und Unfallverletzten im Saargebiet. In einer Resolution heißt es: Sollte die Regierungskommission außerstande sein, die aufgelisteten Forderungen zu erfüllen, so wird mit Entschiedenheit verlangt, daß die Sozialversicherung des Saargebietes wieder an diejenige des Deutschen Reichs angegliedert wird.

Die französische Regierung hat den österreichischen Gesandten v. Edschitz, der seinen Passierbogen nicht zum Vorstehenden der Ehrenlegion erannt, wie in der belästigenden Mitteilung heißt, „als Beweis für die Verneinung seiner Bemühungen um die Annäherung zwischen Frankreich und Oesterreich“.

Das Finanzministerium des Völkerverbundes in Genf hat beschlossen, Österreich 88 Millionen Goldfronen aus dem Reize der Sanierungsanleihe des Völkerverbundes zum Zwecke der Elektrifizierung der Straße Salzburg-Innsbruck und aller Nebenbahnen zur Verfügung zu stellen. Mit dem Bauamt ist sofort begonnen worden. Die einzige gestellte Bedingung geht dahin, daß das österreichische Budget während dieser Zeit im Gleichgewicht gehalten wird.

In Mannheim fand in der Handelskammer eine große Versammlung aller Wirtschaftskreise und Verkehrsverbände des Oberrheins statt, in der beschlossen wurde, am möglichst baldige Elektrifizierung der Bahnlinie Bielefeld-Frankfurt a. M. hinzuarbeiten.

A. T. berichtet von großen Unterschleifen zum Schaden der Reichsbahn, an denen vier große Baufirmen in Berlin, Frankfurt a. O., Dresden und Jülichau, sowie zahlreiche Beamte der Reichsbahn direkt oder indirekt beteiligt sind. Die Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft übergeben. Der Schaden soll sich auf 20 Millionen Goldmark belaufen.

In einer Ansprache auf einem am 1. Juni in der 75jährigen Jubiläum des Neuporter Turnvereins veranstalteten Reichstagskolloquium erklärte der Neuporter Bürgermeister Spahn, die Turnvereine hätten durch die Pflege des deutschen Turnens und durch dessen Einführung in die öffentlichen Schulen viel für die amerikanische Bevölkerung getan. Spahn betonte und rühmte die rege Anteilnahme der Deutschamerikaner an dieser für die Öffentlichkeit bedeutsamen Sache.

England und Frankreich sind sich einig.

Hochbetrieb in Genf.

Zur Eröffnungssitzung des Völkerverbundes sind insgesamt 50 Mitglieder der Delegationen in Genf eingetroffen. Die Wohnungen in den besten Hotels sind auf jede Lage gemietet worden. Sonntagsabend fand die erste private Zusammenkunft der Ratsmitglieder statt, wobei dem Pariser „Journal“ zufolge, „die üblichen Trinksprüche auf die Verhöhnung der Völker geübt wurden“. Die Beratungen im Völkerverbund über Danzig beginnen am Dienstag, über die Militärkontrollen erst Ende der Woche. Zu beiden Materien liegen bereits Anträge vor, die Einzelberatung Unterkommissionen zu übertragen.

Man sieht in Genf viele und bekannte Anhänger des deutschen Sozialismus, die auffallend viele Beziehungen mit den französischen Delegierten haben. Der deutsche Gesandte ist fern in der Lage des Völkerverbundes nicht in Genf eingetroffen. Dagegen ist für drei andere deutsche Herren ab Dienstag früh Quartier im Hotel Roma bestellt, die schon bei der letzten Tagung als inoffizielle Beobachter anwesend waren.

Englands Antwort an Frankreich

Paris, 8. Juni. Der Vertreter der Agentur Havas in Genf ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die Antwort, die Lord Chamberlain im Namen seiner Regierung gestern dem französischen Außenminister Briand übermitchelt hat, das endgültige Abkommen zwischen der Regierung von Großbritannien und Frankreich hinsichtlich der Deutschland auf seinen Sicherheitsvorschlagen zu erzielender Antwort darstellt. Die letzten Verhandlungsergebnisse, die nach beiderseits hätten, seien jetzt verhandelt, und es handle sich nur noch darum, gewissen Stellen der Note, über die jetzt ein Einverständnis erzielt ist, die endgültige redaktionelle Form zu geben.

Das zwischen den Regierungen von Großbritannien, Frankreich und Belgien erzielte Abkommen stelle den formalen Schlüssel der Großmacht dar. Die Belgier, die die Verantwortung für den Vertrag zu übernehmen haben, zu verbürgen, und jede Verletzung der territorialen und militärischen Klauseln, die die Rheinregion garantieren, als Casus belli zu betrachten.

Die Note der Alliierten.

Eigener Bericht unserer Berliner Redaktion.

Die Vorbereitungen, die die Reichsregierung zur Abänderung der internationalen Entschließungsnote trifft, konzentrieren in immer höherem Maße das Interesse der politischen Kreise.

Wohlfahrtsbezüge in London, Paris und Rom.

Montag früh war das allgemeine Gesprächsthema in den politischen Kreisen der Reichshauptstadt der neue Schritt, den die deutsche Wohlfahrtsrat am Freitag bzw. Sonnabend in den alliierten Hauptstädten unternommen hatten. Die Pariser und die Römischen Wohlfahrtsrat in London, Paris und Rom an diesem Tage bei den dortigen Außenministern gegen bestimmten Anfragen der Reichsregierung, besonders hinsichtlich einer sofortigen Festlegung des Räumungstermins der ersten Zone. Die deutsche Regierung demvart über diesen Schritt und seinen Erfolg, wie immer, freies Stillschweigen, das kann man den Außenministern gegen bestimmten Anfragen der Reichsregierung, besonders hinsichtlich einer sofortigen Festlegung des Räumungstermins der ersten Zone. Die deutsche Regierung demvart über diesen Schritt und seinen Erfolg, wie immer, freies Stillschweigen, das kann man den Außenministern gegen bestimmten Anfragen der Reichsregierung, besonders hinsichtlich einer sofortigen Festlegung des Räumungstermins der ersten Zone.

„Deutschland wird schließlich annehmen“

Was über eine lange hinausgeschobene der Antwort an die Entente in den letzten Tagen gemeldet war, bedarf — nach unseren Informationen — einer wesentlichen Einschränkung. Die Rückluft auf das belagerte Gebiet bestimmt die Reichsregierung, so schnell wie möglich, die Entente zu beantworten, das geschieht auch die sofort bei der Entente erfolgte Rückfrage der deutschen Vertreter über technische Fragen der Note. Die ganze Woche über wird das Reichskabinett sich mit den Entwurfsforderungen weiter befassen, der zweite Teil der Woche bringt dann die bereits angelegten Konferenzen und Sitzungen in der Reichstag.

Dafür, wie England sich die Entwicklung denkt, einige Londoner Stimmen: Der Berliner Korrespondent der „Morningpost“ meldet: Vor drei Wochen sind die Entschlüsse der Reichsregierung zu erwarten. Bis jetzt liegt überhaupt noch nicht fest, ob Deutschland annehmen wird. Man verachtet ausländischen Pressevertretern, daß schon in der ersten Kabinetsitzung Meinungsunterschieden aufgetreten sind, daß aber der Strenge des Vorkriegs, keine unbedingte Ablehnung auszupressen, sich nicht durchsetzen hat. Die „Times“ melden aus Berlin: Deutschland wird verhandeln. Das ist das Ergebnis aller

Was die Österreichischen Deutschlands betrefte, so erklärte Großbritannien ausdrücklich, daß es der Stipulation des Versailler Vertrages treu bleibe. Die durch England für die Rheinregion angegebene Garantie erfordere sich nicht auf die Grenzen von Polen und der Elbeshohe. Diese Grenzen würden unter Schutz der Völkerverbundung. Außerdem lasse England Frankreich alle Freiheiten, seinen Verpflichtungen als gemeinsamer Welt zu geben, die am besten den Interessen seiner Alliierten entspreche, vorausgesetzt, daß jedes Abkommen den Geist und Buchstaben des Völkerverbundes einpreisset. Endlich werde im französisch-britischen Abkommen formell erklärt, daß Frankreich in dem Maße, in dem seine Alliierten das Dofee eines nicht prozogenen Angriffs würden, berechtigt sei, sich der entmilitarisieren.

Wohlfahrtsrat als Delegationsfeld zu wählen, um seinen anerkannten Alliierten zu Hilfe zu kommen. Was die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund anlangt, so seien die Regierungen von Paris und London dahin übereingekommen, zu erklären, daß diese Art in dem Augenblick erfolgen könne, in dem der Sicherheitspakt vollkommen den zwischen den beiden Regierungen festgelegten Bestimmungen entspreche.

Bei einem gemeinsamen Presseempfang besichtigten Briand und Chamberlain, daß sie zu einer vollständigen Einigung gekommen seien. Die Einzelheiten des Abkommens werden noch geheim gehalten, vor allem ist ungewiß, ob England in dem entscheidenden Punkte seinen Standpunkt gemacht hat, daß jede Grenzverletzung, auch eine solche durch Frankreich, als Kriegsfall zu gelten habe. Nach der englischen Presse hat die offizielle Darstellung der französischen Propaganda eine große Erregung in England hervorgerufen, da weder Italiens Beitritt zu dem Sicherheitspakt noch die Sicherung Deutschlands erwähnt werden. Man befürchtet, daß Chamberlain, dem alten Wünsche Frankreichs folgend, statt eines allgemeinen Sicherheitspactes ein reines Militärabkommen mit Frankreich geschlossen hat, das nur der öffentlichen Meinung in England durchaus nicht einmütig geteilt werden würde. Auf eine baldige Verwirklichung des Sicherheitspactes ist nicht zu rechnen, da er von dem Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund abhängig ist und Briand, gegenüber ausstehenden Gerüchten, sich erst hat. Deutschland konnte erst nach vollständiger Erfüllung der Entwurfsforderungen zum Völkerverbund zugelassen werden.

bisherigen Beratungen. Die neue Note wird den gleichen Weg gehen wie alle früheren seit dem Waffenstillstand: Zuerst Erklärungen der Unmöglichkeit des Erfüllens und schließlich doch die Erfüllung.

Am Sonnabend wurde bei Lloyd in London gemeldet für die Annahme der Entwurfsforderungen der Entente 15:1.

Riesige Anstalten.

Zusammenfassend läßt sich über die bisherigen Beratungen im Reichsoberbündnis zur Entwurfsforderung sagen, daß man sich keine Illusionen darüber macht, daß die Erfüllung der Forderungen außerordentlich schwierig ist, lange Zeit in Anspruch nehmen und vor allem dem Reiche riesige Anstalten auferlegen wird. Man spricht von mehreren hundert Millionen Mark.

Für jene Leute, die ein glattes „non possumus“ der Reichsregierung ermarren, bedeutet der Entschluß, neue Verhandlungen anzubahnen, eine Enttäuschung. Aber wie die Verhandlung neue Wege, kann Deutschland nach vorhersehender Ansicht unserer Politiker, nur durch klug geführte Verhandlungen etwas erreichen. Es wird schon einmal wieder anders kommen.

Sozialisten und Zentrum.

In sozialdemokratischen Pressekreisen wird der Meldung entgegengetreten, daß die Sozialdemokratie beabsichtigt, aus der preussischen Regierung auszutreten. Diese Frage habe bis jetzt keine Bedeutung, da die Sozialdemokratie nach der Konzentration des Landtages irgendeine zur Disposition gelanden.

Die Sozialdemokratie hat in Preußen zu sehr in allen Ämtern und Staatsstellen, ein Rückzug aus der Regierung würde ihre ganze Machtposition auch in den Provinzen und den Kommunen zum Abbau bringen. Dieses Harakiri wird die Partei nicht freiwillig an sich vollziehen.

Die heutige Sitzung der Zentrumspartei war bei Abgang dieses Berichtes noch nicht beendet. Nach einer neuerlichen Meldung aus Washington wird sich eine amtliche belgische Kommission unter Führung des früheren Ministerpräsidenten Thomas in Juli nach den Vereinigten Staaten begeben, um die Verhandlungen über die Regelung der Rheinländer zu führen.

Der Kampf um das Washingtoner Abkommen.

Im Internationalen Arbeitsamt in Genf sind die Bemühungen wieder aufgenommen worden, das Washingtoner Abkommen von 1919 durch die abschließende Arbeitssitzung nun endlich auch durch die übertragene Anzahl von Ländern ratifizieren zu lassen, die bisher aus mehr oder weniger durchschlagenden Gründen die Ratifikation abgelehnt hatten. Dem Standpunkt der deutschen Regierung hat der deutsche Regierungsvertreter in Genf ein Gebot dahin dargelegt, daß die Ratifikation des Washingtoner Abkommens ein Arbeitsvertrag zu schaffen in das die Richtlinien jenes Abkommens von vornherein hineinverarbeitet werden sollen. Diese Vöhrheit der deutschen Reichsregierung ist abgesehen davon nicht ohne weiteres auf Ablehnung höflich. Denn mit haben in einer ganzen Reihe von Staaten bereits beratende Arbeitsrat gelehrt die sich zwar grundsätzlich auf den Boden der Vöhrfundenarbeitssitzung stellen in der Praxis aber weit darüber hinausgehen. Besonders aktuell ist die Frage, ob

das französische Arbeitsratgebot mit den Richtlinien des Washingtoner Abkommens zu vereinbaren ist, die Frage, ob allerdings von der Ratifikation der französischen Gewerkschaften in Genf, Herrn Dubouche, bejaht werden ist. Man kann sich darüber einer gewissen Verwunderung nicht enthalten, weil das französische Gebot zunächst einmal bestimmt, daß vor und nacharbeiten. Die aus betriebsrätschlichen Gründen außerhalb der normalen Arbeitsratvorgaben werden müssen, aus welchem Ursachelassen sind.

Weiterhin bestimmt das Gebot, daß Arbeitsratverordnungen zulässig sind, wenn ausmalere Arbeitsrat nachgehört werden soll, und zwar gleichmäßig, ob dieser Anschlag durch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist oder durch Feiertage. Außerdem wird den einzelnen Industriellen generell eine Anzahl von Vöhrfunden befristigt, und zwar formell, um besonderen Arbeitsanforderungen zu begegnen. Schließlich kann sogar noch durch Vöhrfunden durch den Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch die Anzahl von Vöhrfunden frei vereinbart werden. Die französische Metallindustrie kann auf diese Art und Weise nicht weniger wie 250 Vöhrfunden im Jahr beantragen; die Industrie für landwirtschaftliche Maschinen übrigens im Hinblick auf den Saisoncharakter der Landwirtschaft sogar noch 100 Vöhrfunden mehr, so daß in diesem Gebot der Praxis der Vöhrfundenüberstärkung überstärkt werden kann.

Die französischen Gewerkschaften führen gegen die Praxis des Arbeitsratgebotes einen heftigen, aber völlig ergebnislosen Kampf, man kann ohne weiteres damit rechnen, daß der französische dreitägige 8-Stundenarbeitsrat ein rationales Vöhrfundenarbeitsrat bedeutet. Ein Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer müßte sich die Regierung aus dann nicht ein, wenn in Gewerben mit Saisoncharakter auf Grund welcher Vereinbarungen sogar die Vöhrfundenarbeitssitzung überstärkt werden können. Man kann die belagerten Arbeitsratwoche in französischen Zeitgewerbe hat die behörliche Genehmigung erfahren. Und alle diese Bestimmungen, all diese Praxis sollen theoretisch mit dem Washingtoner Abkommen übereinstimmen. Dies ist von Frankreich zwar nicht bestritten worden, daß der französische Arbeitsratgebot, das die Ratifikation für den Staaten billigt, in dem Deutschland das Abkommen ratifiziert, von unseren Nachbarstaaten ist ferner

die Saltung Belgiens

von Wichtigkeit, das ist sozialistisch ganz allgemein mehr rüchständig ist. Hier liegen die Dinge ähnlich wie in Frankreich: zentrales Arbeitsratgebot, dabei aber eine Reihe von Möglichkeiten, durch Einseitiges Dofee Sonderverordnungen für einzelne Gewerbe zu erlassen. Auch in Belgien sind formell 100 bis 125 Arbeitsratwochen im Jahre über den Vöhrfundenarbeitsrat hinaus befristet werden. Besonders aber wird in Belgien mit dem Begriff des Saisonarbeitsrat gearbeitet, dem dann Vöhrfunden in praktisch unbegrenzter Anzahl befristet werden können, was besonders interessant natürlich über Hauptmonturen,

die Vereinigten Staaten:

dort ist von einer Durchführung, in auch nur von einer Annäherung des Vöhrfundenarbeitsrat überhaupt keine Rede. Das Oberste Bundesgericht stellt sich auf den Standpunkt, daß eine zeitliche Regelung der Arbeitsratverordnungen wöhrlich ist. Genügend gibt es eine Reihe von Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften; aber die Arbeiterorganisationen in Amerika sind von sehr geringer Bedeutung. Eine größere Erhebung des amtlichen Bereichs für Arbeitsratgebot über die Arbeitsratwochen und zehn Millionen Arbeitern — also höchstens ein Viertel der gesamten Arbeiterkraft — hat 1923 festgestellt, daß über 50 v. U. über 45 Stunden arbeiten, über 30 v. U. über 54 und über 6 v. U. über 60 Stunden. Nicht viel anders liegen übrigens die Verhältnisse in Kanada. Daraus ergibt sich ohne weiteres für Deutschland die Unmöglichkeit, zu einem neuerlichen Vöhrfundenarbeitsrat überzugehen, solange die wichtigsten Produktionsländer der Welt zum mindesten

